



Ausschuss für Frauenpolitik

26. Sitzung (öffentlich)

6. September 2007

Düsseldorf - Haus des Landtags

09:30 Uhr bis 13:55 Uhr

Vorsitz: Elke Rühl (CDU)

Protokollerstellung: Rainer Klemann, Gertrud Schröder-Djug (Federführung)

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- | | | |
|----------|--|----------|
| 1 | Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalens für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008) | 5 |
|----------|--|----------|

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/ 4600
Einzelplan 15

Der Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration, Armin Laschet, trägt den Einführungsbericht vor – vgl. Vorlage 14/1296.

- | | | |
|----------|---|----------|
| 2 | Junge Frauen in Berufe mit Zukunft | 6 |
|----------|---|----------|

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3836

Öffentliche Anhörung von Sachverständigen

Die Sachverständigen tragen ihre Stellungnahmen vor und beantworten Fragen der Abgeordneten.

Die Wortbeiträge der Sachverständigen beginnen auf den folgenden Seiten:

Aus der Diskussion

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalens für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)**

Gesetzentwurf
der Landeregierung
Drucksache 14/ 4600

Einzelplan 15

Der **Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration, Armin Laschet**, trägt den Einführungsbericht vor - vgl. Vorlage 14/1296.

Vorsitzende Elke Rühl bedankt sich für den Bericht. Am 18. Oktober werde die Aussprache erfolgen. Frau Steffens habe angeregt, dass dem Ministerium die Fragen in schriftlicher Form zur Verfügung gestellt würden, damit sie direkt beantwortet werden könnten.

Darüber hinaus biete das Ausschussesekretariat wie im letzten Jahr an, Erläuterungen zur Beilage 2 zum Einzelplan 15 „Übersicht über die geplanten Leistungen aller Ressorts, die ausschließlich Frauen zugute kommen“ zu erstellen.

Maria Westerhorstmann (CDU) bedankt sich für den umfangreichen Bericht zum Haushaltsentwurf 2008. Es werde deutlich, dass sich die Summen, die für Frauen zur Verfügung stünden, nicht nach unten bewegen hätten, sondern dass eine Verlässlichkeit gegeben sei.

Barbara Steffens (GRÜNE) hält es für notwendig, dass in der nächsten Sitzung auch von den anderen Häusern Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anwesend sind, damit sie Fragen beantworten könnten, etwa aus dem Innenministerium. Einige Punkte seien aus frauenpolitischer Sicht problematisch.

Was die Beantwortung der Fragen angehe, so rege sie an, dass diese noch vor der Sitzung schriftlich beantwortet würden, damit man unmittelbar in die Debatte einsteigen könne.

